

Pressemitteilung vom 18.07.2023

## **Angriffe auf individuelles Asylrecht sind ungeheuerlicher Tabubruch**

„Die Genfer Flüchtlingskonvention ist eine direkte Folge aus dem Versagen der internationalen Staatengemeinschaft angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah – viele NS-Verfolgte wurden damals an den Grenzen abgewiesen und so ihren Folterern und Mördern ausgeliefert. Die GFK und das individuelle Recht auf Asyl stehen für den Willen, aus diesem Unrecht Konsequenzen zu ziehen. Sie waren die Antwort auf Nazideutschland. Dass der CDU-Politiker Thorsten Frei nun fordert, diese zivilisatorische Errungenschaft über Bord zu werfen, ist geschichtsvergessen und offenbart, wie weit seine Partei sich nach rechts bewegt hat“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zu Forderungen des parlamentarischen Geschäftsführers der Unionsfraktion Thorsten Frei, das individuelle Recht auf Asyl in der EU abzuschaffen. Bünger weiter:

„Der Vorstoß zeigt zudem, dass Herr Frei von der Realität von Flucht keine Ahnung hat. Zu Recht beklagt er die eklatanten Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen. Diese beendet man allerdings nicht, indem man Asylsuchenden die letzten Rechte nimmt, die sie noch haben. Wer wirklich etwas gegen das Leid an den Außengrenzen unternehmen will, muss das individuelle Recht auf Asyl entschieden verteidigen!

Menschen fliehen nicht, weil sie sich in Europa besondere Rechte oder Sozialleistungen erhoffen, sondern weil sie aufgrund von Kriegen, repressiven Regimen, existenzbedrohender Not oder den Folgen des Klimawandels dazu gezwungen sind. Eine ernsthafte Fluchtspolitik muss diese Fakten anerkennen und Kapazitäten schaffen, um Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Dagegen werden alle Maßnahmen, die auf eine verstärkte Aufrüstung der Grenzen und einen weiteren Abbau der Rechte von Schutzsuchenden hinauslaufen, zu noch mehr Toten führen. Daran kann auch ein lächerliches Kontingent mit EU-weit einigen Hunderttausend Plätzen jährlich nichts ändern.“

Clara Bünger  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik  
clara.buenger@bundestag.de  
clarabuenger.de

**Clara Bünger**  
Die Linke